

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Gernusl Nr. 30.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1580
Stroßf. Riesa Nr. 52.

Nr. 268.

Donnerstag, 18. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jetzrauberer und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, freie Tarife. Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe von Bestellungen, welche über den Verlag gehen. Jahressumme und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Lachter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Rangier & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Köhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Eine neue Enttäuschung der deutschen Außenpolitik.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die deutsch-französischen Verhandlungen in Auswertung der Thoiry-Vollst. haben nicht nur auf dem tötlichen Punkt und es ist vorläufig auch keine Aussicht vorhanden, sie wieder in Gang zu bringen, weil das finanzielle Problem, nämlich die Frage einer Mobilisierung von deutschen Eisenbahnen, sondern auch im Hinblick auf die bevorstehende Tagung des Völkerverbands wieder mehr mit der Militärkontroll-Kommission beschäftigt, die Gegenstand eingehender Verhandlungen zwischen Berlin und Paris ist. Die optimistischen Erwartungen eines Teiles der deutschen Öffentlichkeit, nach dem die Militärkontrollkommission mit dem Beginn der nächsten Völkerverbands-Tagung tatsächlich verschwunden sein würde, werden in Regierungskreisen neuerdings nicht mehr geteilt. Man erklärt hier, falls die gegenwärtigen Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen sollten und falls die entscheidende Inspektionsreise des Vorstehers der Kontrollkommission, General Walsh, nicht wider Erwarten eine neue Sage schaffen würde, könne mit der Abberufung der Kontrollkommission frühestens mit dem Ende des Jahres gerechnet werden.

Angesichts dieser Unsicherheit wird der Reichsaussenminister es sich noch eingehend überlegen müssen, ob er Deutschland auf der Dezembertagung des Völkerverbands vertreten wird, oder ob er stattdessen den Staatssekretär v. Schabert, mit der Führung der deutschen Delegation beauftragt. Jedenfalls ist die französische Regierung nicht im Klaren darüber, ob sie die neue Schwierigkeiten in der Militärkontrollfrage und der Investitionsangelegenheit die Reichsregierung vor schwerwiegende Entscheidungen stellen möchte.

Zu den jüngsten Enttäuschungen der deutschen Außenpolitik gehört auch die Frage des Rückkaufs von Kupfen und Malmedy. Das Auswärtige Amt hatte bedungen im Laufe des Sommers neue Verhandlungen mit dem Brüsseler Kabinett aufgenommen, die zunächst einen verhältnismäßig günstigen Fortgang nahmen. Als jedoch die belgische Regierung die neue Währung löste, kamen diese Besprechungen plötzlich ins Stocken und es war den Berliner Regierungsstellen klar geworden, daß man in Brüssel nach der Lösung der Währungsfrage wieder weniger Interesse an einer deutschen finanziellen Hilfe hatte, die der Belgische Staat zu zahlen hätte, als Deutschland die rein deutschen Kupfen und Malmedy von Belgien zurückkaufen wollte. Das weiße Kabinett in Brüssel nunmehr kein Interesse mehr an diesem Projekt haben, bestätigt der Beschluß der katholischen Kammerfraktion, der von dem belgischen Kabinett eine förmliche Erklärung darüber verlangt, daß es nicht an der Zeit sei, wieder offiziell noch inoffiziell wegen der Rückgabe der Kupfen und Malmedy mit der Berliner Regierung in Verhandlungen einzutreten.

Es ist offensichtlich, daß man in Brüssel mit dieser Anfrage den Gerüchten entgegenzutreten will, die sich auch heute noch vielfach hartnäckig in der Auslandspresse halten und die behaupten, daß es sich nicht um die Kupfen und Malmedy-Verhandlungen handelt. Daraus geht hervor, daß der belgische Außenminister Vandervelde, der der Rückgabe dieser Kupfen 65 Prozent deutschen Geldes an sich nicht unzufrieden gegenübersteht, gegenwärtig auf keine Unterstützung in der Kammer rechnen können. Mit großer Spannung wird man der Antwort Vanderveldes auf die Anfrage der katholischen Kammerfraktion entgegensehen. Auf jeden Fall ist die deutsche Außenpolitik damit wieder um eine Enttäuschung reicher.

Abstümmungsdebatte im englischen Oberhaus.

Lord Orford über Abschaffung des Selbstreg.

Cecil über die Auffassung der Regierung.

London, 18. November. Im Oberhaus wurde am gestrigen Mittwoch von Lord Curzon die Abstümmungsfrage angesprochen. Lord Curzon wies darauf hin, daß die Abstümmungsdebatte in den letzten Jahren vorwärts gekommen. In den vergangenen sieben Jahren sei über diese Frage kein Fortschritt erzielt worden. Die Engländer halten zu dieser Frage äußerst bedenklich sei, bitte er die Regierung um eine Stellungnahme.

Der Earl of Orford wies darauf hin, Artikel 8 des Versailler Vertrages bringe bereits zum Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung des Friedens von der Herabsetzung der nationalen Abhängigkeit abhängt. Es sei jetzt höchste Zeit, daß der Völkerverband bestimmte Abstümmungsbestimmungen formuliere. Man dürfe sich nicht auf die Entschließung Deutschlands beschränken. Vielmehr müsse die deutsche Entschlossenheit nur als erster Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abklärung betrachtet werden. Die Situation erfordere die baldigste Überlegung einer internationalen Abstümmungskommission durch den Völkerverband.

Lord Orford ging dann auf die Frage der chemischen Waffen und der U-Boote ein und forderte energisch ihre Abschaffung.

Lord Cecil antwortete für die Regierung. Er sagte,

Das Ziel der Ost-Oberschlesier.

Die erst später eingelaufenen Teilergebnisse auf dem polnischen Ost-Oberschlesien haben nicht mehr an dem Wahlsieg des Deutschtums in diesem dem polnischen Staat übergebenen früheren deutschen Land ändern können. Man kann es also feststellend betonen, daß die deutsche Mehrheit, die durch das Resultat der Gemeindevahlen offenbar wurde, ungefähr 90 Prozent der Gesamtbevölkerung Ost-Oberschlesiens ausmacht. Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem Ausgang der Volksabstimmung vor fünf Jahren, so hat man festzustellen, daß nach Auswanderung zahlreicher Deutscher im Laufe der letzten Jahre jetzt ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung Ost-Oberschlesiens polnische Nationalität ihre Stimme den deutschen Eltern gaben. Das ist ein Erfolg des Deutschtums, wie er nicht überzugen in Erscheinung treten kann.

Der deutsche Wahlsieg in Ost-Oberschlesien steht fest. An dieser Tatsache wird auch Warschau nicht vorbeigehen können. Dessen Erfolgs hat nun die Anerkennung des offiziellen Polen zu folgen. Der junge Staat hat eine demokratische Verfassung, die die Richtlinien innerpolitischer Folgenfolgerungen fest umschließt. Was besagt nun der Ausgang der ost-Oberschlesien Gemeindeabstimmungen? Zunächst die selbstverständliche Forderung der auf Grund des Wahlergebnisses festgestellten Mehrheit, im Verhältnis zur Stimmenmehrheit an der Mitarbeit in den Gemeinde- und Stadtparlamenten beteiligt zu werden. Also überall, wo die Deutschen die Mehrheit erlangen haben, hat man ihnen in Durchführung der Verfassungsbestimmungen das Amt des Stadtverordnetenvorstehers zu überlassen, ihre Mitarbeit in den Ausschüssen zu gewährleisten. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Mehrheit in den Stadtparlamenten Ost-Oberschlesiens nicht in den Fesseln ihrer Vorgänger verfallen werden. Das besagt, daß sie keineswegs gelassen sind, die Minderheiten, also hier — wie sich aus dem Wahlergebnis ergibt — die Polen, von der Mitbestimmung auszuschließen. Sie wollen schließlich die Ordnung im Lande wiederherstellen, die Folgen der polnischen Korruption, die in so trauerlicher Weise überall in Erscheinung treten, beseitigen und schließlich versuchen, mit den bisher polonisierten Magistraten gemeinsam die Geschäfte der Gemeinden zu leiten.

Der gute Wille des Deutschtums in Ost-Oberschlesien, die Pflichten gegenüber dem Staat zu übernehmen, steht fest. Das jedoch dieser gute Wille nur dann günstige Früchte zeigen kann, wenn aus Warschau sich seiner Verpflichtungen erinnert, ist eine Selbstverständlichkeit. Aus den bisherigen Kommentaren, die die Warschauer Presse, allerdings nur spärlich, dem Ereignis in Ost-Oberschlesien leibt, geht bis jetzt wenigstens, nicht mit genügender Klarheit hervor, wie sich die polnische Regierung dem Wahlausgang gegenüber zu verhalten gedenkt. Daß sie selbstverständlich bei ihren Beschließen auf den Spruch des Seim Rücksicht zu nehmen hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Leider kann man sich der Annahme nicht ganz verweigern, daß die polnische Volksvertretung auf Grund ihrer Zusammenfassung von neuem versucht wird, auf dem Wege einer korrupten Gefegsabstimmung die neu geschaffene Lage wieder in ihr Gegenteil zu verwandeln. Solche Versuche, wenn sie wirklich Wahrheit werden sollten, können jedoch nicht im geringsten die Ueberzeugung trüben, daß die deutsche Front in Ost-Oberschlesien fest geküht ist und niemals wieder durchbrochen werden kann.

Warschau und der deutsche Wahlsieg.

Trotzdem sich die Warschauer Presse bemüht, die Wirkung des deutschen Wahlsiegs in Ost-Oberschlesien zu verfluchen, lassen doch verschiedene Zwischenfälle, die sich in Warschau und auch in anderen Städten des Landes ereignet haben, erkennen, wie schwerwiegend das polnische Volk den Wahlsieg bewertet, der ihm durch die Willensfundgebung der deutschen Mehrheit Ost-Oberschlesiens verleiht wurde. Sehr kennzeichnend für die Stimmung der offiziellen Kreise Warschaus sind die Ausstellungen, die Korstantin in der „Polonia“ veröffentlicht. Er entzieht sich durchaus nicht der Erkenntnis, daß das Abstimmungsergebnis eine verhängnisvolle Niederlage der polnischen Parteien bedeutet. Er ist auch durchaus objektiv genug, um die wahren Ursachen dieses Fiaskos der Warschauer Entnationalisierungspolitik

für die englische Regierung habe die Bedeutung der Abstümmungsfrage außer jedem Zweifel. Es sei bereits der Locarnovertrag abgeschlossen worden, der neue Maßnahmen in der Entwaffnungsfrage ermöglichte. Deutschland habe die Mehrheit seiner Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage erfüllt und er hoffe, daß auch die Restfragen keine weiteren Schwierigkeiten machen würden. Die Regierung nehme in der deutschen Entwaffnungsfrage eine sehr vorsichtige Haltung ein. Weiter sagte Cecil, die Kernfragen der Entwaffnungsfrage seien noch nicht berührt worden. Daran sei die internationale Lage schuld. Trotzdem müsse anerkannt werden, daß in dem letzten Jahre ein großer Fortschritt erzielt worden sei. Die Entwaffnungsfrage läube heute so günstig wie noch nie zuvor. Sie sei aus dem Bereich der Theorie herausgenommen und eine Lebensfrage geworden. Cecil kamte zu, daß die chemischen Waffen und die U-Boote gänzlich abgeschafft werden müssen. Doch sei dies ein sehr schwieriges Problem. Hinsichtlich der Unterseeboote seien die Meinungen noch geteilt. Lord Cecil erklärte zum Schluß, daß auch England konträre Vor-

zu erkennen. Er steht in dem Resultat der Wahl lebhaft den Protest der deutschen Bevölkerung gegen die augenblickliche Behandlung, die Warschau dem Minderheitenproblem leibt. Aber wenn er auch die wirklichen Ursachen dieses Verhängens der Warschauer Politik ersieht hat, so findet er sich doch nicht dazu bereit, den Folgen, die sich aus dieser Erkenntnis ergeben, Rechnung zu tragen. Wie auch die Warschauer Regierung selbst, so lassen auch seine Ausführungen nicht erkennen, daß man jetzt auf Grund des Abstimmungsergebnisses bereit wäre, die Methoden, mit denen man die Bergewaltigung des Deutschtums durchzuführen suchte, einer Revision zu unterziehen. Also es steht überall in Warschau das Anerkennung des Wahlausganges.

Oberschlesisches Abstimmungsergebnis und Völkerverband.

qu. Berlin. Das erfreuliche Ergebnis der Gemeindevahlen in Ost-Oberschlesien ist gegenwärtig Gegenstand eingehender Besprechungen in politischen Kreisen. Man erwidert hier vor allem die Frage, ob es augenblicklich zweckmäßig ist, wenn die Reichsregierung von sich aus den Völkerverband auf das Abstimmungsergebnis aufmerksam machen und damit die Frage einer Revision zunächst der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien zur Debatte stellen würde. Wir wir hören, beabsichtigen jedenfalls die Deutschen, im Reichstage einen dahin gehenden Antrag einzubringen. Da der Auswärtige Ausschuß des Reichstages noch vor dem Beginn der nächsten Völkerverbands-Tagung zusammengetreten wird, soll diese Angelegenheit zum Gegenstand einer eingehenden Aussprache gemacht werden.

Der ost-Oberschlesische Völkerverband meldet ein gutes Wahlergebnis.

* Warschau, 18. November. Der am gestrigen Mittwoch in Warschau eingetretene ost-Oberschlesische Völkerverband hat dem Innenminister über die Ergebnisse der Wahlen in Ost-Oberschlesien Bericht erstattet. Wie verlautet, war der Völkerverband bemüht, den Minister davon zu überzeugen, daß der Sturm der Presse wegen einer Niederlage der Polen bei den Wahlen übertrieben war. Er soll vielmehr behauptet haben, daß die Polen nur abgelenkt haben, da sie 57 Prozent der Gesamtzahl der Stimmen erhielten, während beim Plebiszit die Polen bloß 59 Prozent zusammengebracht haben.

Polnische Fälschung des ost-Oberschlesischen Wahlergebnisses?

* Berlin, 18. November. Nach einem Bericht des „Tag“ aus Warschau entspricht das polnische amtliche Wahlergebnis nicht den Tatsachen. Die Rzecz Pospolita stellt fest, daß die Polen nicht 57 Prozent aller Stimmen erhalten hätten, wie amtlich gemeldet wird. Die amtliche Telegraphenagentur habe die Mandate der Antonowiten und der Grundbesitzer, obwohl es sich hier um keine polnischen, sondern vielmehr um deutsche Stimmen handelte, als polnische Mandate angeführt.

Kritik Korstantins an der amtlichen Wahlstatistik.

Warschau. (Frankfurt.) In der Rzecz Pospolita kritisiert Korstantin die amtliche Statistik über das Wahlergebnis in Ost-Oberschlesien. Korstantin macht darauf aufmerksam, daß die polnische Statistik den polnischen Wählern hinzurechnet die Mittelstandsleute, obgleich erthese rein deutsch sind und die andere gemischt war. Ferner sind in den polnischen Listen die Separatisten und die Kommunisten hinzugegerechnet worden. Korstantin bezeichnet die polnische amtliche Wahlergebnisliste als gefälscht.

Ein deutsches Blatt in Polen verboten.

* Warschau. Auf Grund der neuen Presseverordnung ist am gestrigen Mittwoch das deutsche Blatt in Polen „Der Handelsmerkmal“, das Organ der Papier- und Leinwandindustrie, wegen eines Artikels über die Steuerpolitik der Regierung beschlagnahmt worden.

Schlüsse hinsichtlich der Abstümmung im Sinne des Artikels 8 des Versailler Vertrages machen werde.

Die Fragen der Militärkontrolle und Entwaffnung.

qu. Berlin. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Dienstag vorher dem Etat für 1927 auch mit der Frage der künftigen Militärkontrolle und mit einigen Punkten der Entwaffnungsfrage, die von der Gegenseite noch beanstandet werden. Legationsrat Dr. Fischer wird sich vermutlich schon am Donnerstag im Auftrag der Reichsregierung an Verhandlungen über diese Angelegenheit nach Warschau begeben. Am gleichen Tage werden in Berlin direkte Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden der Internationalen Kontrollkommission, General Walsh, und dem Reichskommissar für die Entwaffnung, Generalleutnant v. Pawels, aufgenommen werden. Besondere Kabinetsbeschlüsse sind zunächst nicht gefaßt worden, da es sich nur darum handelte, die allgemeinen Direktiven für die Abstümmungsverhandlungen zu überprüfen.